Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Arnhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auererzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 36.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.80 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.50 Mark. Auf der Post bestellt vierteljährlich 13.50 Mark, monatlich 4.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 57. | Mittwoch, den 9. März 1921. | 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die deutsche Delegation hat London gestern nachmittag 2 Uhr im Sonderzuge verlassen und wird heute nachmittag 6 Uhr in Berlin erwartet.

•

Die Botschafter in London und Paris sowie der Gesandte in Brüssel sind nach Berlin berufen worden.

•

Die von London aus verbreitete Meldung, daß die deutschen Sachverständigen in London noch zu weiteren Beratungen zusammenbleiben würden, wird von zuständiger Stelle dementiert.

•

Das amerikanische Kabinett hat gestern über die Frage der Zurückziehung der amerikanischen Streitkräfte aus Deutschland beraten. Die Washingtoner Politiker erwarten, daß das Vorgehen der alliierten Heere den Beschluß der Regierung beschleunigen werde.

•

Die amtlichen belgischen Kohlenverteilungsstellen haben große Mengen der von Deutschland nach dem Spa-Abkommen gelieferten Kohlen nach Holland verkauft.

Vor neuen Beratungen in Berlin

Man erwartet nunmehr in Berlin die Rückkehr der deutschen Delegation, heute abend wird der Reichsaußenminister mit seinen Begleitern in Berlin eintreffen. Das Kabinett hat weitere entscheidende Beratungen ausgesetzt, bis Dr. Simons selbst über seine Mission Bericht erstattet haben wird. In Berliner politischen Kreisen ist man auf die Meldung über den Inhalt des letzten deutschen Angebotes in London nicht vorbereitet gewesen. Es kann kaum zweifelhaft sein, daß Minister Dr. Simons sich bei dessen Unterbreitung von dem Wunsche bestimmen ließ, sei es selbst unter Ueberschreitung der Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit, den Alliierten greifbare Vorschläge zur sofortigen Mobilisierung der deutschen Schuld vorzulegen, durch die die unmittelbaren Bedürfnisse besonders Frankreichs befriedigt werden könnten. In Sachverständigenkreisen ist man der einhelligen Ueberzeugung, daß die Zahlung von 3-Milliarden-Goldmark-Annuitäten auf die Dauer von fünf Jahren für die deutsche Wirtschaft von geradezu katastrophalen Folgen sein müßten. Vor der Rückkehr der Delegierten läßt sich nicht sagen, welche Beweggründe maßgebend gewesen sein können, in letzter Stunde noch ein solches Entgegenkommen zu beweisen. Inzwischen sind jedoch in dem Bestreben, keine Stunde ungenutzt vorübergehen zu lassen, die Sachverständigen bereits zu neuen Beratungen zusammengetreten, die der Erörterung von Mitteln und Wegen dienen sollen, um eine neue Verhandlungsbasis zu schaffen. Wie das B. T. hört, dürfte hierbei ein Projekt des Reichsfinanzministers, das auch schon vor der Abreise der deutschen Delegation zur Diskussion stand, eine Rolle spielen. Man ist sich an den maßgebenden Stellen nicht darüber im unklaren, daß eine quietistische Parole etwa nach dem Rezept laisser faire, laisser aller dem Gebote der Stunde, den zwingenden nationalen Erfordernissen in keiner Weise gerecht würde. Wir stehen unter dem Druck widerrechtlicher Gewaltanwendung. Kein Mittel des Protestes gegen die offenkundige Verletzung des Friedensvertrages wird versäumt werden. Doch damit allein sei es nicht geschehen. Es gelte, einen neuen Weg zur Verständigung zu finden. Die Lebensnotwendigkeiten unserer Wirtschaft gebieten eine äußerste Kraftanstrengung. Die nächsten Tage werden das deutsche Volk vor neue Entscheidungen von unübersehbarer Tragweite stellen. Nach Dr. Simons Rückkehr werden Reichsregierung, Parlament und Sachverständigen sich zu neuen Beratungen vereinigen. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages wird die erste Instanz sein, deren Einfluß zur Geltung kommen soll.

Einlenken der Entente?

Die Besetzung nur ein Uebergangszustand.

Reuter gibt in der holländischen Presse Dienstag früh ein Kommentar zu dem Londoner Resultat, in dem es heißt: Die Abreise der Deutschen unterbricht die Einleitung zu neuen Verhandlungen, dennoch müssen diese kommen und sie in absehbarer Zeit herbeizuführen, müssen die Alliierten bestrebt sein. Die englische Regierung betrachtet die Besetzung rechtsrheinischer Industriestädte nur als einen Uebergangszustand.

Englands wahres Gesicht.

Lloyd George im Unterhause.

Bei Darlegung der Ergebnisse der Londoner Konferenz im Unterhause sagte Lloyd George, den Truppen seien schon Befehle erteilt worden, die angegebenen Zonen zu besetzen. Weiter seien Anweisungen gegeben worden, die besten Methoden zur Anwendung der anderen Sanktionen in Erwägung zu ziehen. Die Gesetzgebung müsse es ermöglichen, daß jeder Käufer deutscher Waren in den alliierten Ländern einen Teil des Kaufpreises an die eigene Regierung abzahle. Lloyd George bedauerte, diese Frage als Sanktion regeln zu müssen während sie ein Teil irgend eines zu schließenden Abkommens hätte sein können. Es würden die notwendigen Maßregeln getroffen, um zu verhindern, daß deutsche Güter auf dem Umwege über die Neutralen eingeführt würden. Lloyd George sagte weiter, er habe persönlich von dem nichts zurückzunehmen, was er kürzlich über Dr. Simons gesagt habe. Aber er habe zu der Schlußfolgerung kommen müssen, daß Dr. Simons nicht in der Lage gewesen sei, irgendeinen Vorschlag zu unterbreiten, der von den Alliierten hätte angenommen werden können.

Die neubesetzten Städte seien die Hauptzentrale eines äußerst wichtigen Industriebezirkes. Lloyd George betonte die Vorteile der wirtschaftlichen Maßnahmen, die er bei weitem vorziehe. Das wäre die Einziehung von 50 Prozent der deutschen Waren, die in die interalliierten Länder exportiert werden. Das Parlament werde sich darüber noch auszusprechen haben. Die Neutralen würden davon unterrichtet werden, daß der springende Punkt für die Regelung des ganzen Verfahrens die Herkunft der Ware sei. Die Neutralen wüßten dabei, woran sie sich zu halten hätten und dürften sich nicht darüber beklagen, daß man sie ungerecht behandele.

Die englischen Arbeiter für die Sanktionen!

Der Amsterdamer Telegraaf meldet aus London: Die Auslassungen im Labour Leader lassen keine Hoffnung aufkommen, daß die englischen Gewerkschaften an einer Aktion gegen die Besetzung und gegen die Sanktionen teilnehmen werden.

Abreise des deutschen Botschafters?

In London ging das Gerücht um, daß der deutsche Botschafter zusammen mit der deutschen Delegation London verlassen werde. An die Abreise des deutschen Botschafters werden vorerst noch keine Folgerungen geknüpft, da sich der englische Botschafter in Berlin, Lord D'Abernon, ja auch zurzeit in London befindet. (Wie das Leipz. Tagebl. zu der vorstehenden Meldung hört, ist bei den deutschen zuständigen Stellen noch keine Nachricht eingelaufen, daß der deutsche Botschafter London verlassen hat. Eine Abreise kann allerdings erwartet werden, was aber durchaus keinen Abbruch der Beziehungen darstellen würde, da ein Geschäftsträger zu seiner Vertretung zurückbleibt und auch das Botschaftspersonal in London verbleiben wird.)

Deutschlands Einigkeit in der Abwehr.

Die gestern im Reichstag versammelten parlamentarischen Vertreter der besetzten Gebiete haben einmütig was folgt erklärt: Die von den gegnerischen Mächten angedrohte Errichtung eines besonderen Zollgebietes am Rhein würde eine offensichtliche, schwere Verletzung des Versailler Friedens bedeuten, da die Errichtung eines solchen Zollgebietes nicht, wie der Versailler Frieden als Bedingung für eine solche Maßregel vorsieht, den Interessen des besetzten Gebietes dienen, sondern im Gegenteil diese Interessen auf das schwerste schädigen würde. Aber auch die Errichtung eines besonderen Zollgebietes und die damit unzweifelhaft verbundene wirtschaftliche Schädigung der besetzten Gebiete wird die Bevölkerung dieser Gebiete in ihrer Treue zum deutschen Vaterland nicht wankend machen.

Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort.

Unterbindung jeden Verkehrs mit der linken Rheinseite.

Düsseldorf ist, wie im Auer Tageblatt schon gestern kurz gemeldet wurde, am Dienstag von französischen Truppen mit Maschinengewehren besetzt worden. An der Besetzung hat sich auch eine englische Truppenabteilung beteiligt, die unter französischem Oberkommando steht. Das Rathaus wurde von einer gemischten Truppenabteilung besetzt. Während des Einmarsches der Truppen kreisten zahlreiche Flugzeuge der alliierten Truppen über dem Düsseldorfer Gebiet. Auch in Duisburg rückten gestern früh von 7 Uhr ab belgische Truppen ein. Die Rheinbrücken waren seit gestern früh für jeden Verkehr gesperrt, überhaupt jeder Eisenbahn- und Fernsprechverkehr nach der linken Rheinseite vollständig unterbrochen. In Duisburg wie in Düsseldorf ist jeder Verkehr mit dem linksrheinischen Stadtteil unterbunden. Vormittags 8 Uhr rückte die erste Kompanie über die Hochfelder Rheinbrücke vor und besetzte die angrenzenden Hafenteile. Ihr folgten weitere Truppenabteile, welche die Straßenzüge nach dem Stadtinnern zu besetzen. Zugleich rückten andere belgische Truppenteile über die Ruhrorter Rheinbrücke vor und besetzten die Stadt Ruhrort vollständig.

In Duisburg sowohl, wie in Düsseldorf ist der Einmarsch der Alliierten Truppen ohne jeden Zwischenfall verlaufen. In Düsseldorf hatte die Stadtverwaltung bereits am Montag zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit beim Einzug der feindlichen Truppen die Schließung sämtlicher Theater, Kinos, Konzertlokale, Kabaretts und sonstiger Vergnügungsstätten angeordnet. Die staatliche Schutzpolizei, die die Kaserne räumte, um Platz für die einrückenden Truppen zu schaffen, ist in Schulen einquartiert worden. In verschiedenen linksrheinischen Städten, so in Neuß, sind von den Besatzungstruppen zur Unterbringung der herangezogenen Verstärkungen zahlreiche Schulen als Quartiere angefordert worden. Im linksrheinischen Düsseldorfer Stadtteile Oberkassel wurden für einen belgischen General und 60 Offiziere Quartiere angefordert. Die Stadtverwaltung von Düsseldorf hatte schon am Montag die Bevölkerung aufgefordert, den Einmarsch der Besatzungstruppen mit Zurückhaltung und Würde hinzunehmen. Kundgebungen seien peinlichst zu vermeiden. Sie sind in der Tat auch auch nicht vorgekommen. Der Reichspräsident Ebert hat die telegraphische Erklärung der Düsseldorfer Stadtverwaltung, daß trotz aller Schäden, die der Stadt durch die Besatzungstruppen zugefügt würden, die Entscheidung nur von der Rücksicht auf das Gesamtwohl des deutschen Vaterlandes bestimmt werden dürfe, erwidert, daß er mit aufrichtiger Anerkennung die mannhafte Haltung der von der Besetzung betroffenen Stadt Düsseldorf begrüße.

Auch Frankfurt bedroht!

In dem Verhalten der feindlichen Besatzungstruppen in der Nähe Frankfurts ist bisher keinerlei Aenderung zu beobachten. Trotzdem zirkulieren in der Stadt wieder einmal Gerüchte, auch Frankfurt solle wieder besetzt werden, und zwar diesmal von englischen Truppen.

•

Keine Beteiligung Italiens an den Militärmaßnahmen.

Im Ministerrat am Montag hat Giolitti seinen Kollegen über die Lage in London Bericht erstattet. Der Ministerrat hat die Haltung der italienischen Delegation gebilligt, dabei aber den Grundsatz aufgestellt, daß im Falle einer militärischen Intervention gegen Deutschland es nicht möglich sein werde, auf die aktive Solidarität Italiens zu rechnen.

Das Truppenaufgebot für die Zwangsmaßnahmen.

Zur Durchführung der militärischen Zwangsmaßnahmen stehen Marschall Foch, vom rechten Flügel angefangen, zunächst am Rhein sofort zur Verfügung: 1. Belgien: Zwei Infanteriedivisionen und eine Kavalleriebrigade in einer Gesamtstärke von etwa 36 000 Mann (Besetzungsraum: Linkes Rheinufer mit Aachen bis Krefeld); 2. England: etwa eine Infanteriedivision in Stärke von 16 000 Mann (Besetzungsraum: Brückenkopf Köln); 3. Frankreich: sieben Infanteriedivisionen und eine Kavalleriedivision; Gesamtstärke rund 100 000 Mann. Im Besetzungsstreifen Brückenkopf Mainz, Pfalz, Saar- und Mosel-Gebiet mit Trier bis an den Brückenkopf Koblenz heran bilden die Truppen, die unter dem Oberbefehl des Generals Degoutte stehende Rheinarmee mit dem 3. Armeekorps, dem 30. Korps unter General Mordau in Wiesbaden, dem 31. Korps unter General Tarbin-Neuwied und dem 32. Korps unter General Draquin in der Pfalz. Diese Truppen haben erhöhten Etat und sind nach besonderen Mobilmachungsmaßnahmen jederzeit auch außerhalb der besetzten Gebiete verwendbar. In den Sommermonaten bestehen sie zur Hälfte aus Schwarzen, die während der Wintermonate im Winterquartieren bei Marseille untergebracht werden. Am Brückenkopf Koblenz befinden sich außerdem noch zwei amerikanische Brigaden in Stärke von 25 000 Mann, die aber Amerika der Entente kaum zur Durchführung von Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland zur Verfügung stellen dürfte.

Im ganzen stehen Marschall Foch am Rhein 152 000 Mann zur Verfügung.

Diese 152 000 Mann würden wohl zur Ausdehnung der feindlichen Besetzung auf Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, kaum aber auf weitere Operationen gegen Deutschland ausreichen. Zu ihrer Verstärkung kämen nach Lage der Dinge wohl nur Frankreich und Belgien in Frage. England ist zum Söldnerheer zurückgekehrt und verfügt angesichts seiner Schwierigkeiten in Irland und in den Kolonien nur über ein Heer von 300 000 Mann, von denen aber nur knapp 45 000 Mann im Heimatgebiete stehen. Es müßte also wieder neu mobilmachen. Die militärpolitische Lage in Frankreich und Belgien ist die: Frankreich hat ein Heer von rund 88 500 Offizieren und 841 000 Mann. Von letzteren sind 591 000 Mann weiße, der Rest farbige Truppen, also augenblicklich nur bedingt verwendungsfähig. Von diesen 841 000 Mann stehen 100 000 Mann im Rheingebiet, etwa 15 000 Mann in Oberschlesien und in Memel, etwa 150 000 Mann bei Konstantinopel, je 85 000 Mann in Syrien und Marokko, gegen 40 000 Mann in Algier und Tunis und etwa 50 000 Mann in anderen Kolonien.

Man trägt sich in Frankreich mit dem Gedanken, den am 1. April zur Entlassung kommenden Jahrgang 1919 noch weiter unter den Waffen zu behalten und den Jahrgang 1921 einzuziehen. Das ergebe eine Verstärkung der französischen Armee um rund 200 000 Mann. Die Frage ist nur, ob man in Frankreich und besonders innerhalb des Jahrganges 1919, der nun bereits ununterbrochen drei Jahre dient, von dieser Maßnahme sehr entzückt sein wird, zumal die französische Regierung eben erst unter dem Drucke der finanziellen Lage und öffentlichen Meinung in eine Herabsetzung der militärischen Lasten und der aktiven Dienstzeit einwilligen mußte. Belgien verfügt im ganzen über ein Heer von 100 000 Mann, von denen allein 36 000 Mann im Rheinland stehen, so daß zur Verstärkung der Besatzungstruppen im Höchstfalle 50 000 Mann zur Verfügung ständen, wenn man das Land ganz von Truppen entblößt. Ob man das tun kann, erscheint doch recht zweifelhaft. Also auch für Belgien würde die Durchführung der Sanktionen eine nicht unbeträchtliche Erhöhung seiner militärischen Lasten bedeuten.

SLUB
Wir führen Wissen.